

Landesbanken im selbstverschuldeten Kreuzfeuer?

Die aktuelle Krise der Landesbanken im Lichte eines Bekenntnisses zum System öffentlicher Banken

Diskussionspapier zum Fachgespräch zur Zukunft der Landesbanken am 16.6.2008
von Dr. Axel Troost, Finanzpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion DIE LINKE.

Seit Herbst des vergangenen Jahres hat sich in der Folge der US-Hypothekenkrise in Deutschland eine lebhafte Debatte insbesondere über die Landesbanken entwickelt.

Durch die massiven Abschreibungsbedarfe bei anderen europäischen und US-amerikanischen Großbanken hat sich zwar zum Glück der ursprüngliche Eindruck in Deutschland etwas relativiert, nur Landesbanken hätten große Summen in den Sand gesetzt und versagt. Dennoch beherrschen neben der Krise der IKB gerade die Verluste und das Fehlverhalten der Landesbanken und die daraus zu ziehenden politischen Konsequenzen die öffentliche Debatte.

Der Status Quo:

Es gibt zur Zeit sieben eigenständige Landesbanken (von Nord nach Süd):

Die HSH Nordbank, die Nord/LB, die Landesbank Berlin (LBB), die WestLB, die Helaba, die Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) und die Bayern LB. Daneben bestehen noch als abhängige Landesbanken die Bremer LB (zu 92,5% Tochter der Nord/LB), die Landesbank Rheinland-Pfalz (LRP 100% Tochter der LBBW) und die SaarLB (zu 75% Tochter der Bayern LB) (siehe nebenstehende Grafik 1 und Grafik „Landesbanken in Deutschland“ im Anhang).

Die Landesbanken sind meistens gemeinsames Eigentum der jeweiligen Bundesländer und der regionalen Sparkassenverbände, dabei gibt es aber regionale Unterschiede. So haben die Länder Rheinland-Pfalz, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Brandenburg und Berlin inzwischen keinerlei Anteil an einer Landesbank mehr. Berlin stellt eine besondere

Grafik 1: Landesbanken in Deutschland



Quelle: Wikipedia

Korrektur: Die Anmerkung zur LBB, sie sei zu 10% in Besitz der Nord/LB, ist veraltet.

Ausnahme dar, da die LBB zu 98,6 Prozent dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV) gehört. Die LBB ist damit die einzige Landesbank, die komplett von den Sparkassen kontrolliert wird.

Mit Ausnahme der WestLB, der HSH Nordbank und der LBB, die als Aktiengesellschaften firmieren, sind die Landesbanken Anstalten des Öffentlichen Rechts. Die HSH Nordbank ist als einzige Landesbank zu relevantem Teil (knapp 27 Prozent) in Besitz privater Investoren.

Was die finanztechnischen Größenverhältnisse angeht, so drehen die Landesbanken am größeren Rad. Die insgesamt elf Landesbanken haben eine Bilanzsumme von ca. 1.500 Mrd. Euro, die 457 Sparkassen kommen nur auf ca. 1.000 Mrd. Euro. Die Anzahl der MitarbeiterInnen macht noch deutlicher, wie sehr sich die Dimensionen der Geschäfte unterscheiden: Die Landesbanken bewegen mit ca. 50.000 MitarbeiterInnen 50 Prozent mehr Volumen als die Sparkassen mit ca. 250.000 MitarbeiterInnen (vgl. Anhang „Die Sparkassen in Zahlen“ und „Die Landesbanken in Zahlen“, Quelle: DSGV).

Suchbewegungen seit 2001: Wegfall von Gewährträgerhaftung und Anstaltslast

Seit 2001 müssen sich die Landesbanken auf einen grundlegenden Wandel ihres wirtschaftlichen Umfelds einstellen. Bis dahin galten sie als Quasi-Staatsbanken, konnten somit praktisch nicht Bankrott gehen und hatten aufgrund dieses geringen Ausfallrisikos sehr günstige Refinanzierungsbedingungen. Genau darin sahen die privaten Geschäftsbanken in Deutschland einen unlauteren Wettbewerbsvorteil und setzten mit Hilfe der EU-Kommission 2001 die Abschaffung von öffentlicher Anstaltslast und Gewährträgerhaftung für die Landesbanken bis Ende 2005 durch. Die Umsetzung von Basel-II verschärfte die Notwendigkeit der Eigenkapitalbeschaffung noch weiter. Damit war das bis dahin gut funktionierende Geschäftsmodell der Landesbanken, mittlere und große Finanzierungen zu vergleichsweise günstigen Zinsen anbieten zu können, weitgehend hinfällig. Seit dem gibt es eine lebhafte Debatte über die Zukunft der Landesbanken, die also keineswegs erst mit der aktuellen Finanzkrise begonnen hat, sondern von dieser nur dramatisch verschärft wurde (vgl. z.B. Emmerich (2004), Berge/Berger/Locarek-Junge (2006)). Ohne eine Neuausrichtung zur Erschließung neuer profitabler Geschäftsfelder könnten die bisherigen Gewinne der Landesbanken durch die höheren Refinanzierungskosten nach Auslaufen der Gewährträgerhaftung sehr schnell aufgezehrt werden. So gingen z.B. Berge/Berger/Locarek-Junge (2006) davon aus, dass eine Herunterstufung der Ratings der Landesbanken auf das damalige Niveau der großen deutschen Geschäftsbanken zwischen 89 Prozent (SachsenLB) und 244 Prozent (Helaba) der ausgewiesenen Betriebsergebnisse des Jahres 2000 kosten würden. „Ceteris Paribus hätte kaum eines der Institute in der Vergangenheit ohne Staatsgarantien profitabel arbeiten können.“ (ebd.: 77) Zwar hat sich dieses Szenario nur eingeschränkt realisiert, aber tatsächlich haben sich die Ratings einzelner Landesbanken von 2000 bis 2005 verschlechtert. So fiel z.B. das Moody's Rating der LBBW und der HSH Nordbank um eine Stufe („Notch“) von Aaa auf Aa1. Standard&Poors hat seine Ratings stärker um zwei bis sechs Notches reduziert. Am härtesten getroffen hat es dabei die SachsenLB, die 2005 bei Standard&Poors kein Rating im A-Bereich mehr bekommen hat.

Nun ist es sicherlich fragwürdig, die Existenzberechtigung und -notwendigkeit der Landesbanken an ihrer Profitabilität zu messen. Wichtiger als Gewinnausschüttungen an öffentliche Haushalte sollten struktur- und regionalpolitische Ziele sein. Diese Ziele wurden aber in der jüngeren Zeit vor Wegfall der Gewährträgerhaftung nicht nur nicht erreicht, sondern nicht einmal mehr als ausdrückliche Ziele verfolgt. Bei den meisten Landesbanken geriet der öffentliche Auftrag in den Geschäftsmodellen in den Hintergrund. Das eigentliche Fördergeschäft wurde im Laufe der vergangenen Jahre aus fast allen Landesbanken in eigene Förderbanken ausgegliedert. Heute gibt es in allen Bundesländern eigene Förderbanken (siehe Anhang „Förderbanken des Bundes und der Länder“). Nur die BayernLB, die Nord/LB und die Helaba sind als Teilhaber von Förderbanken noch mittelbar an der Ausgabe von Förderkrediten beteiligt.

Auch die ganz ursprünglichen Geschäftsfelder der Landesbanken als Sparkassen-Zentralbanken und als Hausbanken der Länder und Kommunen machen schon länger nur noch einen geringen Teil ihrer Umsätze aus. Der größte Teil des Geschäfts ist tatsächlich identisch mit dem der privaten Geschäftsbanken, denen sie dabei erheblich Konkurrenz machen. Nach Schätzungen der Bundesbank von 2005 haben die Landesbanken im Großkunden- und Kapitalmarktgeschäft einen Marktanteil von 20 bis 30 Prozent.

Neue Geschäftsmodelle: „vertikale“ und „horizontale“ Integration?

Im Rahmen der Umstrukturierungsprozesse der Landesbanken seit 2001 sind mehrere Tendenzen zu beobachten. Einerseits haben es einige Landesbanken geschafft, sich in einzelnen Branchen als relevante Akteure oder sogar Marktführer für Spezialfinanzierungen zu etablieren. Das gilt z.B. für die HSH Nordbank als weltgrößten Schiffsfinanzierer und die Nord/LB im Bereich der Flugzeugfinanzierung (vgl. Müns-termann 2008). Die LBBW hat ihr ohnehin schon gut entwickeltes Finanzierungsgeschäft des größeren Mittelstands im baden-württembergischen Anlagen- und Maschinenbau weiter verstärkt.

Eine weitere Tendenz betrifft das Zusammenspiel und die Abgrenzung von Sparkassen und Landesbanken. Was bei einigen Landesbanken zunächst nach Rückbesinnung auf regionale und inhaltliche Aufgabenfelder klingt, ist faktisch eine Infragestellung der Arbeitsteilung mit den Sparkassen. Die Landesbanken versuchen dabei, ihr Geschäft mit mittleren und großen Firmenkunden durch ein Privatkundengeschäft zu ergänzen. Letzteres ist zentrales Betätigungsfeld der Sparkassen. So hat z.B. die Helaba 2005 nach einer Finanzkrise die Frankfurter Sparkasse von 1822 zu 100% übernommen und sich damit das Geschäft mit privaten EndverbraucherInnen erschlossen. Ein besonderes Merkmal der Frankfurter Sparkasse war deren Internet-Direktbank-Tochter 1822direkt, die unter der Regie der Helaba weiter ausgebaut wurde. Da das Geschäft der 1822direkt nicht territorial begrenzt ist, macht die Helaba damit den kommunalen Sparkassen bundesweit unmittelbar Konkurrenz. Einen ähnlich umstrittenen Weg ist die BayernLB mit ihrer Tochter Deutsche Kreditbank (DKB) gegangen. Die ursprünglich aus der Wendezeit der DDR hervorgegangene DKB war über die Treuhandanstalt ins Eigentum des Bundesfinanzministeriums übergegangen und 1995 von der BayernLB gekauft worden. Erst in den letzten Jahren hat die Bay-

ernLB die DKB offensiv als Internet-Direktbank v.a. für den Einstieg ins Privatkundengeschäft aufgestellt.

Diese konkurrierende Annäherung an die Geschäftsfelder der Sparkassen wird von den Landesbanken nicht erst seit der aktuellen Finanzkrise regelmäßig unter dem Motto der „vertikalen Integration“ ins Spiel gebracht. Vereinfachend gesagt steht dahinter der Wunsch der Landesbanken, mehr vom lukrativen Geschäftsfeld der Sparkassen abzubekommen und damit die Ausfälle in anderen Geschäftsfeldern nach Ende der Gewährträgerhaftung zu kompensieren. Die Ideen reichen dabei von der Übernahme bestimmter Privat- und Firmenkundengruppen von den Sparkassen an die Landesbanken bis hin zur Übernahmen ganzer Sparkassen durch die Landesbanken. Die Sparkassen haben sich gegen diese durchsichtigen Versuche der Landesbanken bisher heftig gewährt, sind aber politisch erpressbar. Das liegt daran, dass die Bundesländer die Hoheit über die Sparkassengesetzgebung haben und einzelne Landesregierungen, wie z.B. jüngst im Fall der WestLB, offen damit drohen können, den Sparkassen das Leben schwer zu machen. Ein solches Bedrohungsszenario war einer der wesentlichen Gründe, warum die beiden Sparkassen-Regionalverbände in NRW überhaupt in das von der Landesregierung vorgelegte Konzept zur Rettung der WestLB eingewilligt haben. Trotz anders lautender Zusagen hat die Landesregierung NRW im Mai nun aber trotzdem ein neues Sparkassengesetz vorgelegt, welches eine Zusammenlegung der beiden Sparkassenverbände bis 2012 und die Einführung von Trägerkapital für Sparkassen vorschlägt. Auch die mögliche Übertragung einer Sparkasse auf die WestLB ist Gegenstand des Gesetzentwurfs (vgl. Reuters-Meldung „NRW-Landesregierung legt umstrittenes Sparkassengesetz vor“ vom 20.5.2008).

Dass eine engere Integration von Sparkassen und Landesbanken allerdings nicht immer als Lösung zulasten der Sparkassen angelegt sein muss, zeigt der Fall Stuttgart. Hier ist die Stadtparkasse Stuttgart schon 1975 und unter deutlich weniger konfliktbeladenen Umständen mit der Württembergischen Landessparkasse zur Landesgirokasse Stuttgart verschmolzen worden, die ihrerseits einen wichtigen Kern der heutigen LBBW bildete.

Außerordentlich im Sinne einer strukturellen Integration ist auch die Situation der Berliner Sparkasse. Diese war schon immer Teil einer Berliner Landesbank-Struktur, allerdings mit dem Unterschied, dass die Landesbankebene eher der Appendix der Sparkasse und nicht umgekehrt war. Die Übernahme der Landesbank Berlin (LBB) durch den Deutschen Sparkassen- und Giroverband 2007 hat daran wenig geändert.

Neben der „vertikalen Integration“ von Sparkassen und Landesbanken gibt es eine andere Stoßrichtung zur Reform: die „horizontale Integration“. Auch diese hat in der Praxis längst begonnen. Gemeint ist damit die Fusion der bestehenden Landesbanken auf wenige Institute. Nicht von ungefähr kommt diese Stoßrichtung eher aus dem Sparkassenlager. So hat z.B. Norbert Emmerich, Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Münsterland Ost, schon 2004 die Fusion auf drei Groß-Landesbanken vorgeschlagen (Emmerich 2004: 120f.). Nach seinem Vorschlag sollte die LBBW neben der Landesbank Rheinland-Pfalz (tatsächlich von der LBBW 2005 übernommen) noch die SaarLB übernehmen und damit die „Süd-WestLB“ bilden. Die BayernLB hätte mit der Helaba und der SachsenLB zur „Süddeutschen Landesbank“ fusionie-

ren sollen. Alle verbleibenden Institute wären nach seinem Vorschlag zur „Norddeutschen Landesbank“ fusioniert.

Eine heute häufig vorgetragene Kritik lautet, dass die Möglichkeiten solcher Fusionen in den vergangenen Jahren aus landespolitischen Gründen unzureichend genutzt wurden, weil sich die Landesfürsten in der Regel nicht über den Geschäftssitz der fusionierten Institute einigen konnten. Die Rivalität der Standorte Stuttgart und Düsseldorf gilt jedenfalls als Hauptgrund dafür, dass die viel beschworene Fusion von WestLB und LBBW scheiterte.

Politischer Handlungsdruck und politische Verantwortung

Spätestens die Verluste und Versäumnisse der Landesbanken in der Subprime-Finanzkrise haben aber den Handlungsdruck zur Neuformierung des Landesbankensektors erheblich erhöht. Während vor der Krise noch eine, zweifellos nicht schmerzlose, offensive Umstrukturierung dieses Sektors möglich gewesen wäre, wirken sämtliche heutige Initiativen als defensiver, von der Not getriebener Aktionismus. Die Umstände der Krise und die Verstrickung der Landespolitik in die Landesbanken haben der gesellschaftspolitischen Akzeptanz des öffentlichen Bankensektors schweren Schaden zugefügt. Angesichts von Vorgängerskandalen um die Flugbereitschaft der WestLB und dem Immobilien-GAU der Bankgesellschaft Berlin muss es daher kurzfristig vor allem um Schadenbegrenzung für die Legitimität eines öffentlichen Bankenwesens an sich gehen.

Bei aller Kritik an den Landesbanken und ihrer unbefriedigenden Stellung im Verbund mit den Sparkassen darf jedoch ein Umstand nicht unerwähnt bleiben: die Renditeorientierung der Landesbanken und insbesondere ihre Bereitschaft, dafür Risiken einzugehen, die sich im Nachhinein als unbeherrschbar herausstellten, ist zu wesentlichen Teilen über die Sparkassen-Verbände und die Landesregierungen überhaupt erst erzeugt worden. Nicht zuletzt wegen der angespannten Finanzlage erwarteten die Anteilseigner der Landesbanken Gewinne, die mit auf den öffentlichen Auftrag bezogenen Geschäftsmodellen schlicht nicht zu erzielen sind. Wenn sich nun also die Landesbanken durch Infragestellung der Tätigkeitshoheiten der Sparkassen unbeliebt machen, so ist dies gewissermaßen auch eine Retourkutsche für die früheren Erwartungshaltungen der Sparkassenverbände.

Ausblick aus Sicht der LINKEN

Es ist völlig klar, dass wir als LINKE nicht die konkreten Geschäftsmodelle für Landesbanken entwickeln können. Dagegen spricht nicht nur, dass sich an genau dieser Frage das Management der Mehrzahl der Landesbanken seit Jahren die Zähne ausbeißt.

Wir können aber Eckpunkte formulieren, welchen Anforderungen und Kriterien Landesbanken in der Zukunft genügen müssen und für welche Probleme Lösungen gefunden werden müssen. In diesem Sinne lassen sich zumindest einige Eckpunkte und Schlüsselfragen benennen.

Primat: Sparkassen als leistungsfähige, regionale Finanzinstitutionen

Sparkassen sind die wichtigste und eine im Vergleich zu privaten Geschäftsbanken relativ konjunkturunabhängige Finanzierungsquelle für kleine und mittelständige Unternehmen, insbesondere in Nicht-Ballungsräumen. Zusammen mit dem genossenschaftlichen Bankensektor sorgen Sparkassen in der Konkurrenz zu privaten Geschäftsbanken für niedrige Refinanzierungskosten für ihre eigenen Kunden und für Bankkunden in Deutschland überhaupt. Die Zukunft der Landesbanken kann und soll daher nur in Geschäftsmodellen liegen, die diese Funktion der Sparkassen nicht schwächen, sondern möglichst stärken.

In diesem Sinne sind Landesbanken mindestens in ihrer Funktion als Sparkassen-Zentralbanken und -Finanzdienstleister unverzichtbar. Dafür wäre es aber möglicherweise ausreichend, eine, zwei oder drei zentrale Landesbanken zu schaffen. Dabei sollte der Erhalt dezentraler Strukturen z.B. durch die Bildung von Konzernstrukturen gesichert werden. Eine besondere Rolle könnte dabei die Berliner Landesbank LBB als über den DSGV von den Sparkassen selbst gehaltenes Institut spielen.

Sparkassen und Landesbanken als Finanzinstitutionen der BürgerInnen

Gerade weil wir die Akzeptanz öffentlicher Banken sichern wollen, muss mit den Landesbanken und ihren Fehlern hart ins Gericht gegangen werden. Auch der von den Sparkassen ausgehende Renditedruck auf die Landesbank muss problematisiert werden. Der öffentliche Auftrag der Sparkassen und vor allem der Landesbanken muss konkretisiert und anschaulich gemacht werden. Wir stehen vor der Aufgabe, öffentliche Banken als Banken in der Hand der BürgerInnen im Interesse der BürgerInnen konkret vorstellbar, wünschbar und erfahrbar zu machen. Die Menschen müssen ein Gefühl dafür haben, dass es „Ihre Bank“ ist und dass sie in einem gemeinschaftlichen Interesse handelt. Ein wichtiger Beitrag dazu muss sein, den schlechten Ruf der Landesbanken als Verwahranstalten für ausrangierte PolitikerInnen oder als Agenturen zur Vorhaltung von Flugbereitschaften durch entschlossene Personal- und Geschäftspolitik zu reparieren.

Dazu braucht es neue Modelle für Partizipation und demokratische Kontrolle, die erst noch entwickelt werden müssen. Eine Public Ownership in diesem Sinne kann nicht durch eine einmalige Struktur hergestellt werden, sondern erfordert einen kontinuierlichen Prozess der Beteiligung, z.B. regelmäßige öffentliche Konsultationen, gesellschaftliche Beiräte etc.

Öffentliche Banken für öffentlichen Einfluss auf die Wirtschaftsentwicklung und zur wirtschaftspolitischen Steuerung

Banken beeinflussen und steuern durch ihre Geschäftspolitik ganz wesentlich unsere Wirtschaft. Ein Bekenntnis zu öffentlichen Banken ist daher auch ein Bekenntnis zu demokratischer Gestaltung des Wirtschaftslebens und eine Absage an den Absolutismus des privaten Wirtschaftsliberalismus. Banken sind zentrale Instrumente der Wirtschaftssteuerung, öffentliche Banken können also wichtige Pfeiler einer demokratisch verpflichteten Wirtschaftspolitik sein.

Dabei stehen wir vor der Herausforderung, dass wir öffentlichen Banken (d.h. öffentlichen Einrichtungen) eine hohe Problemlösungskompetenz zuschreiben, denn der gesellschaftliche Mainstream und auch Teile in uns selbst bezweifeln, dass die öffentliche Hand diese Probleme wirklich sinnvoll und erfolgreich bearbeiten kann.

Bedingungen für Landesbanken

Landesbanken müssen einen regionalen wirtschafts- und strukturpolitischen Auftrag haben. Das können sie aber nur leisten, wenn die jeweiligen Länder und Regionen tatsächlich ein wirtschafts- und strukturpolitisches Konzept haben, das kein Konzept des Standortwettbewerbs ist. Um die dafür nötigen politischen Spielräume insbesondere für die Kommunen wieder zu befördern, braucht es auch Weichenstellungen auf der Bundesebene und im europäischen Maßstab, wie z.B. eine Zurückdrängung der Steuerkonkurrenz und der bedingungslosen Verwertungsmöglichkeiten durch die Kapitalseite.

Gleichzeitig brauchen wir eine Debatte darüber, was wir uns unter regionaler Wirtschaftspolitik überhaupt vorstellen und welche Reichweite wir öffentlichen Banken in dieser Hinsicht zutrauen. Dabei wären auch Überlegungen anzustellen, wie wir uns das Zusammenwirken von öffentlichen Banken mit öffentlichen Förderbanken vorstellen.

Unter den heutigen Umständen des Wettbewerbsföderalismus und neoliberaler Standortkonkurrenz können wir freilich kaum erwarten, dass Landesbanken auf einmal zu regional- und strukturpolitischen Wirtschaftsmotoren werden. Solange sich ein von uns bevorzugtes Geschäftsmodell für Landesbanken aufgrund fehlender Rahmenbedingungen nicht umsetzen lässt, müssen wir uns fragen, ob wir die Landesbanken, über eine stark konsolidierte Form als Sparkassen-Zentralbanken und -Dienstleister hinaus, in irgendeiner Form „überwintern“ wollen, bis sie unter veränderten Rahmenbedingungen den oben genannten Funktionen nachkommen können.

In der Zwischenzeit ist aber in jeden Falle darauf hinzuwirken, dass die Landesbanken auf soziale und ökologische Kriterien im Auslandsgeschäft verpflichtet werden, um Skandale wie z.B. die Ölpipeline-Finanzierung der WestLB in Ecuador zu verhindern.

Literatur:

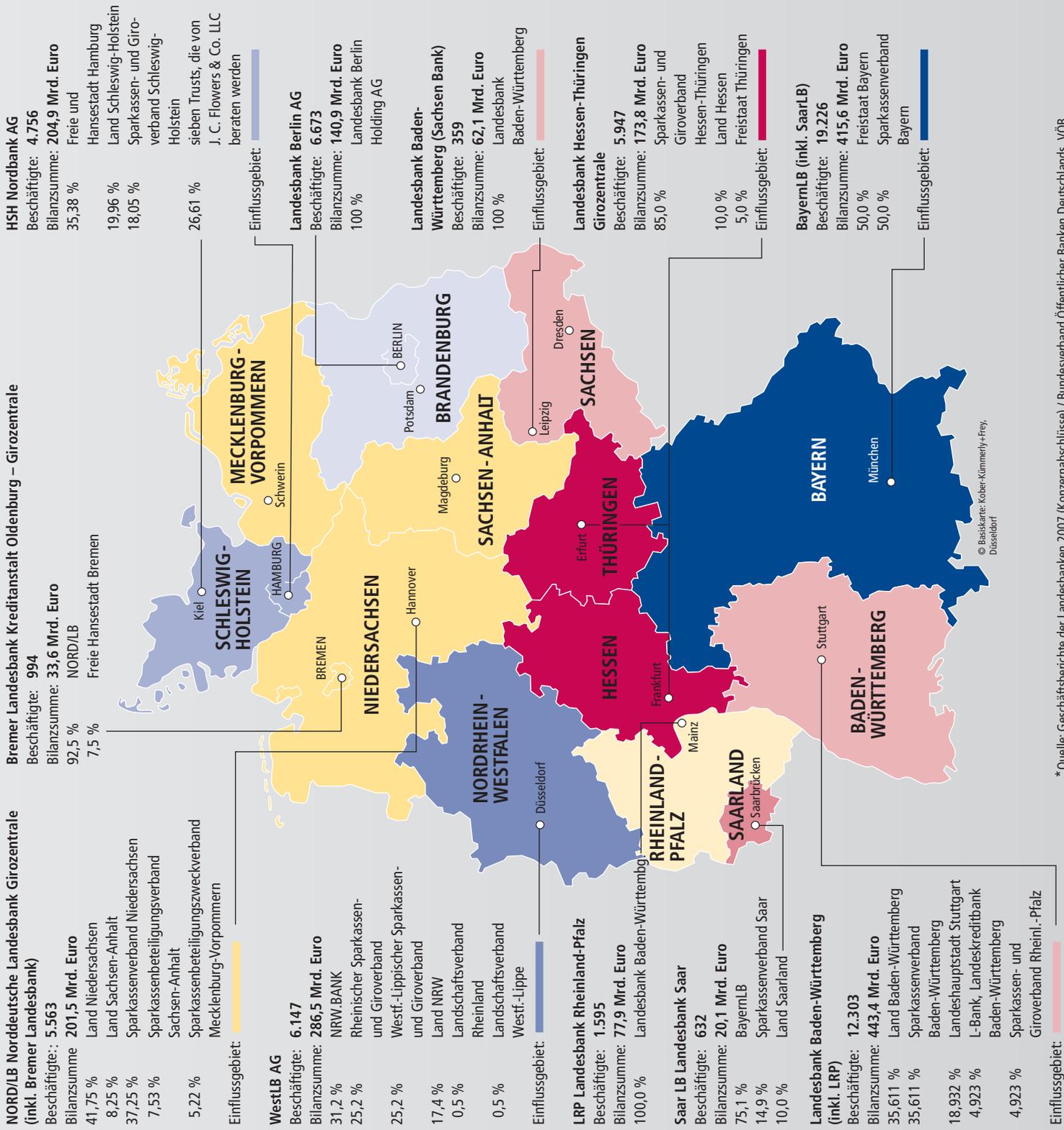
Berge, Klaus/Berger, Ralf/Locarek-Junge, Herrmann (2006): Deutsche Landesbanken: Status Quo und Strategien vor dem Hintergrund des Wegfalls der Staatsgarantien, Vierteljahresshefte zur Wirtschaftsforschung Nr. 4/2006, DIW, Berlin.

Emmerich, Norbert (2004): Quo Vadis Landesbanken – Entwicklungsperspektiven und Konsequenzen, in: Hans Tietmeyer et al: Der deutsche Bankenmarkt – unfähig zur Konsolidierung? Beiträge des Duisburger Banken-Symposiums, Wiesbaden.

Münstermann, Engelbert (2008): Ade Landesbanken. Sparkassen und Landesbanken – Partner fürs Leben?, in: Zeitschrift für Kommunalfinanzen, 58. JG, Nr. 4, April 2008, S. 73-78.

Reuters: „NRW-Landesregierung legt umstrittenes Sparkassengesetz vor“, Agentur-Meldung vom 20.5.2008.

Landesbanken in Deutschland – Beschäftigte, Bilanzsumme und Anteilseigner – *



* Quelle: Geschäftsberichte der Landesbanken 2007 (Konzernabschlüsse) / Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands, VöB

© Basiskarte: Kober-Kümmerly+Frey, Düsseldorf

Förderbanken auf Bundesebene

KfW Bankengruppe
 Frankfurt am Main
 Beschäftigte: **3.946**
 Bilanzsumme: **359,606 Mrd. Euro**
 Anteilseigner: 80,0 % Bund
 20,0 % Länder

Landwirtschaftliche Rentenbank
 Frankfurt am Main
 Beschäftigte: **197**
 Bilanzsumme: **82,5 Mrd. Euro**
 Anteilseigner: bundesunmittelbare Anstalt
 des öffentlichen Rechts

Förderbanken auf Länderebene

1 Investitionsbank Schleswig-Holstein

Kiel
 Beschäftigte: **410**
 Bilanzsumme: **11,074 Mrd. Euro**
 Anteilseigner: 100,0 % Land Schleswig-Holstein

2 Bremer Aufbau-Bank GmbH

Bremen
 Beschäftigte: **55**
 Bilanzsumme: **1,163 Mrd. Euro**
 Anteilseigner: 100,0 % Bremer Investitions-Gesellschaft mbH

3 Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt

Hamburg
 Beschäftigte: **173**
 Bilanzsumme: **5,04 Mrd. Euro**
 Anteilseigner: 100,0 % Freie und Hansestadt Hamburg

4 NBank Investitions- und Förderbank Niedersachsen GmbH

Hannover
 Beschäftigte: **186**
 Bilanzsumme: **955,8 Mio. Euro**
 Anteilseigner: 50,0 % Land Niedersachsen
 50,0 % NORD/LB

Niedersächsische Landestreuhandstelle

Hannover
 Beschäftigte: **186**
 Bilanzsumme: **3,7 Mrd. Euro**
 Rechtsform: rechtlich unselbstständiger, betriebswirtschaftlich selbstständiger und organisatorisch getrennter Teil der NORD/LB

5 NRW.BANK

Düsseldorf/Münster
 Beschäftigte: **1.077**
 Bilanzsumme: **135,6 Mrd. Euro**
 Anteilseigner: 64,74 % Land Nordrhein-Westfalen
 17,63 % Landschaftsverband Rheinland
 17,63 % Landschaftsverband Westfalen-Lippe

6 Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB) GmbH

Mainz
 Beschäftigte: **150**
 Bilanzsumme: **3,22 Mrd. Euro**
 Anteilseigner: 100,0 % Land Rheinland-Pfalz

LTH Landestreuhandstelle Rheinland-Pfalz (Ressort der Landesbank Rheinland-Pfalz)

Mainz
 Beschäftigte: **79**
 Bilanzsumme: **2,040 Mrd. Euro**
 Rechtsform: rechtlich unselbstständiges, jedoch wirtschaftlich und organisatorisch selbstständiges Ressort der LRP Landesbank Rheinland-Pfalz

7 SIKB Saarländische Investitionskreditbank AG

Saarbrücken
 Beschäftigte: **53**
 Bilanzsumme: **1,098 Mrd. Euro**
 Anteilseigner: 51,00 % Land Saarland
 19,34 % Saar LB Landesbank Saar
 11,82 % Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG
 10,08 % Volksbanken-Beteiligungsgesellschaft mbH
 3,27 % Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG
 2,33 % Dresdner Bank AG
 2,00 % Commerzbank AG
 0,16 % Sonstige

8 L-Bank, Landeskreditbank Baden-Württemberg

Karlsruhe, Stuttgart
 Beschäftigte: **1.122**
 Bilanzsumme: **52,0 Mrd. Euro**
 Anteilseigner: 100,0 % Land Baden-Württemberg

9 LfA Förderbank Bayern

München
 Beschäftigte: **345**
 Bilanzsumme: **14,553 Mrd. Euro**
 Anteilseigner: 100,0 % Freistaat Bayern

Bayerische Landesbodenkreditanstalt

München
 Beschäftigte: **206**
 Kreditvolumen: **15,1 Mrd. Euro**
 Rechtsform: rechtlich unselbstständige, jedoch wirtschaftlich und organisatorisch selbstständige Anstalt der Bayerischen Landesbank



© Basiskarte: Kober-Kümmerly+Frey, Düsseldorf

10 Landesförderinstitut Mecklenburg-Vorpommern – Geschäftsbereich der NORD/LB –

Schwerin
 Beschäftigte: **216**
 Bilanzsumme: **2,61 Mrd. Euro**
 Rechtsform: rechtlich unselbstständiger, betriebswirtschaftlich selbstständiger und organisatorisch getrennter Teil der NORD/LB

11 Investitionsbank Berlin

Berlin
 Beschäftigte: **742**
 Bilanzsumme: **20,2463 Mrd. Euro**
 Anteilseigner: 100,0 % Land Berlin

12 InvestitionsBank des Landes Brandenburg

Potsdam
 Beschäftigte: **461**
 Bilanzsumme: **10,5 Mrd. Euro**
 Anteilseigner: 50,0 % NRW.BANK
 25,0 % Land Brandenburg
 25,0 % Landesbank Berlin AG

13 Investitionsbank Sachsen-Anhalt

Magdeburg
 – Anstalt der NORD/LB –
 Beschäftigte: **286**
 Bilanzsumme: **1.072,84 Mio. Euro**
 Rechtsform: teilrechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts der NORD/LB

14 Thüringer Aufbaubank

Erfurt
 Beschäftigte: **275**
 Bilanzsumme: **1,915 Mrd. Euro**
 Anteilseigner: 100,0 % Freistaat Thüringen

15 Sächsische Aufbaubank – Förderbank –

Dresden
 Beschäftigte: **768**
 Bilanzsumme: **11,1 Mrd. Euro**
 Anteilseigner: 100,0 % Freistaat Sachsen

16 Investitionsbank Hessen (IBH) Anstalt des öffentlichen Rechts

Frankfurt am Main
 Beschäftigte: **171**
 Bilanzsumme: **619,0 Mio. Euro**
 Anteilseigner: 50,0 % Land Hessen
 50,0 % Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale

LTH Landestreuhandstelle Hessen

– Bank für Infrastruktur –
 rechtlich unselbstständige Anstalt in der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale
 Offenbach am Main
 – Geschäftsbereich der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale –
 Beschäftigte: **148**
 Bilanzsumme: **6,23 Mrd. Euro**
 Rechtsform: Rechtlich unselbstständige Anstalt des öffentlichen Rechts

* Quelle: Geschäftsberichte der Förderbanken 2006, Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands, VÖB

Die Landesbanken in Zahlen (Bankzahlen, Inland ohne LBS)

Geschäftsentwicklung	Bestandszuwachs 2007 in Mrd. Euro	Bestand 30. Juni 2007 in Mrd. Euro
Kundenkreditgeschäft insgesamt	+9,8	480,9
- Unternehmenskredite	+3,4	196,6
- Kredite an Privatpersonen	-0,5	10,4
- Private und gewerbliche Wohnungsbaukredite	-1,7	58,3
- Kredite an öffentliche Haushalte	-0,5	98,0
- Kredite an Kunden im Ausland	+9,0	117,6
Kundeneinlagengeschäft insgesamt	+11,3	354,2
- Namensschuldverschreibungen	+1,1	147,8
- Termingelder, Spareinlagen	+1,2	135,1
- Sichteinlagen	+9,0	71,2
Begebene Schuldverschreibungen, Geldmarktpapiere	+9,7	461,2
Wertpapiereigenanlagen	+14,0	322,7
Kredite an Kreditinstitute	+9,5	592,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	+12,9	527,5
Bilanzsumme	+37,1	1.477,4

Umsätze im Kundenwertpapiergeschäft	Januar - Juni 2007 in Mrd. Euro
- Festverzinsliche Wertpapiere	117,3
- Aktien	55,7
- Investmentzertifikate	15,6
Insgesamt	188,6

Ertragslage	Stand 31.12.2006 in % der DBS*
- Zinsüberschuss	0,59
- Provisionsüberschuss	0,13
- Verwaltungsaufwand	0,45
- Betriebsergebnis vor Bewertung	0,39
Eigenkapital-Rentabilität (vor Steuern in %)	9,0
Cost-Income-Ratio (%)	62,7

*= durchschnittliche Bilanzsumme

Beschäftigte	31.12.2006
- Anzahl Mitarbeiter (Konzernzahlen)	51.806
- Anzahl Mitarbeiter Inland	39.388

Die Sparkassen in Zahlen

Geschäftsentwicklung	Bestandszuwachs 2007 in Mrd. Euro	Bestand 30. Juni 2007 in Mrd. Euro
Kundenkreditgeschäft insgesamt	-1,5	614,0
- Unternehmenskredite	+1,5	200,0
- Kredite an Privatpersonen	-1,6	63,9
- Private und gewerbliche Wohnungsbaukredite	-1,4	306,6
- Kredite an öffentliche Haushalte	-0,4	35,5
Kundeneinlagengeschäft insgesamt	+0,6	697,1
- Spareinlagen	-13,7	288,7
- Eigenemissionen	+9,7	117,6
- Termingelder	+4,4	71,8
- Sichteinlagen	+0,1	219,0
Kredite an Kreditinstitute	-2,3	65,1
Wertpapiereigenanlagen	-1,5	252,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-13,3	215,9
Bilanzsumme	-10,4	1.016,6

Umsätze im Kundenwertpapiergeschäft	Januar-Juni 2007 in Mrd. Euro
- Festverzinsliche Wertpapiere	25,0
- Aktien	16,1
- Investmentzertifikate	42,1
Insgesamt	83,3

Ertragslage	Prognose 2007 in % der DBS
- Zinsüberschuss	2,05
- Provisionsüberschuss	0,61
- Verwaltungsaufwand	1,76
- Betriebsergebnis vor Bewertung	0,92
- Eigenkapital-Rentabilität (vor Steuern %)	7,3
- Cost-Income-Ratio (%)	65,2

Sonstige Angaben	31.12.2006
- Anzahl der Sparkassen	457
- Anzahl der Geschäftsstellen	16.052
- Anzahl Mitarbeiter	257.022
- Anzahl Auszubildende	17.040